

Europa – eine Wertegemeinschaft

II. Gesprächsforum zur Grundsatzprogrammdebatte

Rom, 10. April 2006

Einführung

Mike Mohring MdL

Generalsekretär der CDU Thüringen

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zum zweiten Gesprächsforum und ich freue mich im Podium insbesondere, dass Sie, Herr Buttiglione, Zeit gefunden haben, heute zu uns zu sprechen. Sie sind Kultusminister hier in Italien und Vorsitzender unserer Partnerpartei UDC, der Vereinigten Christdemokraten Italiens – Herzlich willkommen! Neben mir auf der anderen Seite hat Platz genommen unsere liebe Christine Lieberknecht, Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion. Sie war am Freitag schon beim Gesprächsforum dabei und hat uns gestern den ganzen Tag begleitet. Liebe Christine Lieberknecht, herzlich willkommen!

Thema unseres heutigen Gesprächsforums sind die Grundwerte Europas. Wie Sie wissen, haben wir uns im ersten Gesprächsforum mit Kardinal Kasper und Bischof Kähler folgenden Fragen gewidmet: Was ist der Mensch und was ist in dieser Welt in Geltung? Direkt daran knüpfen natürlich diese Fragen an: Was ist Geltung für die Europäische Union? Was prägt die EU? Was trägt sie in Zeiten, in der sie sich so stark erweitert hat? Wo ist eigentlich noch das Bindende? Ist das Religiöse das Bindende? Ist das Ethische das Bindende, ist das Politische das Bindende?



Weil wir als Thüringer natürlich Bestandteil der Europäischen Union sind, und da wir Thüringer sogar in der Mitte Europas – nicht nur Deutschlands – uns wieder finden, ist das, was wir an Erfahrungswerten aufnehmen und das, was uns von Osten und von Westen her prägt, unverrückbar miteinander verbunden. Und deshalb handelt es sich um ein wichtiges Thema, das wir gerade als Thüringer Union diskutieren sollten.

Impulsreferat *

Rocco Buttiglione

Präsident der UDC Italien

Das Thema ist die Politik der Christdemokraten. Ich weiß, dass unsere Schwesterpartei sich damit befasst, ein neues Grundsatzprogramm zu entwickeln. Was kann ich aus dem italienischen Blickwinkel zu diesem Programm sagen, zu den Grundsätzen der Politik der Christdemokraten heute in Europa?



Das erste Thema: Was heißt das letztlich – Christdemokraten?

Christen heißt Protestanten und Katholiken zugleich. Aber Christsein heißt in Europa noch etwas anderes. Nach den großen Verwicklungen der letzten Jahrhunderte, nach der Shoa und den Zeiten des Totalitarismus, gibt es auch eine andere Art von Christen, die wir mit großer offener Menschlichkeit berücksichtigen sollen. Es geht um nicht konfessionell gebundene

Christen. Was ist ein nicht konfessionell gebundener Christ? Ein Mensch, der sich im katholischen Ritus nicht orientieren kann. Ein Mensch, der nicht genau weiß, ob er ein Christ ist oder nicht. Aber ein Mensch, der den Grundwerten des Christentums und der christlichen Zivilisation verbunden ist. Wir haben hier in Italien einen großen Philosophen, Benedetto Croce. Er war den Katholiken nicht sehr freundlich gesinnt, aber er hat formuliert, warum wir nicht umhin kommen, uns Christen zu nennen. D.h. er hat begründet, warum wir fühlen, dass wir immer noch Christen sind, auch wenn wir keiner Kirche angehören. Etwas Ähnliches hat Hegel in § 483 der Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften geschrieben. Er spricht von den Genera der Freiheit. Er sagt, die Alten, die alten Herrscher, die Beherrscher – die Gebieter – haben gewusst, dass es nur eine Freiheit gibt: herrschen, aber ohne Willkür. Die Griechen haben gewusst, dass einige frei sein können: die Philosophen, jene, die eine gewisse Überheblichkeit besitzen, die es ihnen erlaubt, sich von allen menschlichen Besonderheiten zu distanzieren. Aber nur die Christen haben es gesehen, dass jeder Mensch von Natur her frei ist.

Und sicher heißt das auch, dass Freiheit anders verstanden werden soll: Die Freiheit schließt die Fähigkeit ein, sich mit anderen zu verbinden und eine Gemeinschaft entstehen zu lassen – eine Gemeinschaft der Freiheit. Hier entsteht die Idee der *Communio* – *Communio*, das meint die Fähigkeit, dass einer des anderen Glied wird. Das ist charakteristisch für unsere Kultur und führt uns zum Begriff der Person zurück. Diesen Begriff hat die Antike nicht gekannt. Für die Antike war der Mensch ein Individuum. Was ist eine Person? Eine Person ist ein Wesen, das so gemacht ist, dass es in sich ein anderes Wesen aufnehmen kann, so dass zwei eins werden. Das

wird offenbart anhand des Begriffes der Dreieinigkeit in der Theologie. Aber es handelt sich dabei auch um einen philosophischen Begriff, etwas, das wir jedes Mal erleben, wenn wir uns verlieben. Die Person, in die wir uns verliebt haben, wird ein Teil unseres Wesens. Und zwar so sehr, dass wir nicht bestimmen können, was wir wollen und was wir sind, ohne sie zugleich in diese Diskussion mit einzuschließen. Es gibt die Liebe zu einer Person, aber es gibt auch die zur Familie. Wenn einer sich in einen Menschen verliebt, was halten die Liebenden voneinander? Sie sprechen von der eigenen Geschichte, von der eigenen Familie, von den Menschen, die für sie wichtig sind, und so werden sie vernetzt, sie werden Teil des anderen.

Diese Idee der Menschlichkeit ist eine Grundlage unserer gemeinsamen europäischen Identität. Viele Menschen haben diese Idee der Menschlichkeit in sich aufgenommen. Hierzu müssen sie konfessionell keine feste Überzeugung haben. Auf diese Menschen müssen wir besonders aufmerksam sein. Das kann ihnen helfen, und das kann auch uns helfen.

In der heutigen christdemokratischen Partei gibt es drei Formen des Christentums: die katholische, die protestantische und natürlich auch die orthodoxe, in jenen Ländern, in denen die orthodoxe Kirche präsent ist. Und das entspricht auch dem allgemeinen Wesen des Europas von heute: Die Grenze zwischen Glauben und Unglauben trennt irgendwie das Herz jedes europäischen Bürgers. Wir selber sind Christen, hoffentlich, aber mächtig von den Ideologien unserer Zeit angezogen. Dies ist die Situation, in der wir leben.

Und das führt uns zum Thema „Christliche Werte“: Dieser Topos unserer europäischen Kultur, hat eine doppelschichtige Bedeutung. Nehmen wir das Symbol des Kreuzes als Beispiel. Ich bin ein Christ – ich versuche, Christ zu sein – und das Kreuz ist für mich das Zeichen des Sohnes Gottes, der sein Leben für die Menschen aufgeopfert hat. Nehmen wir an, dass ich keine feste Überzeugung habe, nehmen wir an, dass ich mich in meiner Überzeugung sogar als einzigartig betrachte, was ist dann das Kreuz in der allgemeinen römischen Kultur? Es ist immer noch Symbol für einen Menschen, der sein Leben für seine Freunde aufgeopfert hat. Und als Mensch muss ich eine große Verehrung für einen solchen Menschen haben. Jeder Mensch sollte einen solchen Freund haben. Das Kreuz ist also auch ein kulturelles Symbol. Und dies ist für alle Menschen gültig. Dasselbe können wir für viele christliche Werte sagen. Einige akzeptieren diese Werte als religiöse Werte, andere nur als kulturelle Werte. Aber diejenigen, die diese Symbole nicht verstehen, die religiösen Symbole nicht wertschätzen, diejenigen, die diese Symbole hassen, sind keine Europäer. Sie haben keinen Zugang zu unserer gemeinsamen europäischen Kultur. So sehr ist die europäische Kultur durch das Christentum geprägt. Das wollte ich am Anfang feststellen.

Was ist das Christliche in der Definition unserer christdemokratischen Partei? Es hat zwei Bedeutungen – zwei unterschiedliche Bedeutungen, die miteinander ver-

bunden sind: eine religiöse und eine kulturelle Bedeutung. Natürlich ist die religiöse Bedeutung für uns vielleicht der Kern auch der anderen Bedeutung. Aber viele Leute können die kulturelle Bedeutung der Christenheit annehmen, ohne selbst Christen, konfessionell gebundene Christen zu sein.

Zweitens, was heißt „demokratisch“? Demokratie ist heute etwas, das gegeben ist, das fest gegeben ist, wenn man menschliche Geschichte betrachtet. Der amerikanische Psychologe und Philosoph, Francis Fukuyama, hat ein Buch über das Ende der Geschichte geschrieben. Und das Ende der Geschichte sollte seiner Meinung nach die allgemeine Verbreitung der Demokratie sein. Es scheint mir, dass das falsch sei. Die Demokratie ist heute in der Welt freigestellt, ebenso wie im Iran, wie in Palästina und in anderen Winkeln der Erde. Wir sollten das Fundament Demokratie eher geschichtlich betrachten. Zu der Zeit als die Europäische Verfassung vorbereitet wurde, war ich dabei und man wollte Worte von Perikles zitieren. Perikles war ein großer athenischer Staatsmann und Thukydides gibt uns dessen Lobpreis der Demokratie wider. Ich habe dafür plädiert, dass dieses Zitat wieder herausgenommen wird, denn dieser Lobpreis geschieht gerade wenige Jahre vor dem endgültigen Absterben der griechischen Demokratie. Die griechische Demokratie hat nicht lange gedauert. Warum stirbt die Demokratie?



Dafür hat Platon uns eine Beschreibung, sogar eine Theorie gegeben. Die Demokratie stirbt, wenn in der Demokratie der moralische Relativismus triumphiert. Natürlich hat Platon Papst Benedikt XVI., Ratzinger, nicht gelesen, und er benutzt also nicht die Worte moralischer Relativismus. Er spricht von der Sophistik. Die Sophisten haben gesagt, dass es keinen festen Wert gibt, und dass die Demokratie es sogar voraussetze, dass die Menschen an keine festen Werte glauben. Was ist das Ergebnis?

Das Ergebnis ist, dass die Korruption die Oberhand gewinnt. Warum sollten sich die Regierenden nicht durch Schmiergeld korrumpieren lassen? Warum sollten sie nicht Gewalt ausüben, wenn sie die Möglichkeit haben, dies zu tun? Warum sollten die Mächtigen die Gesetze respektieren und nach den Gesetzen handeln? Und dann, wenn die Demokratie korrumpiert wird, dann kommt ein Schicksalsmensch, der sagt, wenn ihr mir die ganze Macht gebt, dann werde ich wieder die Vorbedingungen schaffen. Und dann haben wir keine Politik mehr. Diese Geschichte der griechischen Demokratie ist die Geschichte der deutschen Demokratie bis 1933 und der italienischen Demokratie bis 1922. Die Demokratie steht immer in Gefahr. Die Idee der christlichen Demokratie entsteht gerade, um irgendwie der Krankheit der Demokratie vorzubeugen. Eine Demokratie, die an feste Werte verankert ist, eine Demokratie, die in den Mittelpunkt den Wert der menschlichen Person setzt, eine solche Demokratie sollte widerstandsfähig sein

und fähig, es zu vermeiden, dass die Demokratie durch die Korruption ihre Verankerung im Herzen des Volks verliert. Das ist die Idee der Demokratie, die Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi oder Robert Schuman bewegt hat. Dies ist die Demokratie, die sie in Europa einführen wollten: Eine an Werten fest verankerte Demokratie.

Also, ich sage – ich zitiere übrigens den österreichischen Philosophen Karl Popper: Ein Mensch, der feste Wertorientierungen hat, kann der Versuchung erliegen, diese Werte den anderen Menschen aufzubürden. Das kann wahr sein. Wir kennen zum Beispiel im Islamismus diesen Versuch – es ist nicht nur ein Versuch, sondern ein Tatbestand in vielen islamischen Ländern. Aber die Idee der Demokratie steht in Zusammenhang mit der Idee der menschlichen Person – des Primats der menschlichen Person. Die Christen behaupten, dass jede Person eine direkte Beziehung zu Gott hat. Und diese Beziehung zu Gott geht auch durch seine Fehler, durch seine Sünde. Kein Mensch hat das Recht sich einzumischen. Ich kann vielleicht versuchen, dem anderen Mensch zu helfen. Aber ich kann ihm die Wahrheit nicht aufbürden, ich kann ihn nicht zwingen nach der Wahrheit zu handeln. Eine Gesellschaft, in der alle das Gute tun, nur weil sie dazu gezwungen werden, ist kein Abbild des Himmels – eher ein Abbild der Hölle. Wir brauchen nicht Relativisten zu werden, um die Freiheit zu respektieren. Natürlich hat die Freiheit Grenzen. Nur wo liegt die Grenze der Freiheit? Wo die Freiheit des anderen beginnt. Ich muss die Freiheit des anderen Menschen respektieren. Immanuel Kant hat uns beigebracht, dass ich immer so handeln muss, dass es allgemeines Gesetz werden kann. D.h. ich kann nie meinen Eigennutz dem Gemeinwohl vorziehen. Und gerade das ist unsere Linie der Demokratie.

Anmerkungen

Mitschrift aus dem Gesprächsforum.

Rocco Buttiglione war bis Frühjahr 2006 italienischer Kultusminister.

Impulsreferat

Christine Lieberknecht MdL

Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag



Das Gelingen der europäischen Integration ist nicht selbstverständlich. Das Schicksal des Europäischen Verfassungsvertrags hat uns im letzten Jahr unsanft daran erinnert. Deshalb reicht es auch nicht aus Europa und seine Werte zu beschwören. Gefragt ist eine nüchterne Betrachtung, bei der die Wertegemeinschaft in einen breiteren Zusammenhang eingebettet wird.

Für die Europäische Integration gab es stets drei Motivkreise:

einen sicherheitspolitischen, einen wirtschaftspolitischen, einen ideellen.

Bei den ersten beiden Motivkreisen geht es zunächst um Interessen. Der sicherheitspolitische war Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre sicherlich der bedeutendste. Die Integration war für die USA ein Instrument der Eindämmungspolitik gegenüber dem kommunistischen Ostblock. Zugleich hatte er den Zweck, den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands im Westen die Angst vor einem Wiedererstarken des Landes zu nehmen.

Der damalige NATO-Generalsekretär Lord Ismay brachte das auf eine denkbar knappe Formel. Es gehe darum, die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten. Und für den Westen Deutschlands bot der Kalte Krieg die Möglichkeit, über die Integration zurück in die Völkergemeinschaft zu gelangen.

Das sicherheitspolitische Motiv spielt bis in unsere Tage eine Rolle. Wenn die ostmitteleuropäischen Staaten nach 1989/90 konsequent in die EU strebten, so hat das auch mit Geographie und historischer Erinnerung zu tun. Es ging darum, Sicherheit vor Russland zu gewinnen. Noch an der Aufregung um die Gazprom-Pipeline durch die Ostsee an Polen vorbei lassen sich diese Ängste ablesen.

Und selbstverständlich stellt die EU für ihre Mitglieder einen Raum der Sicherheit und gegenseitigen Unterstützung für nicht näher bestimmte bzw. unbestimmte Gefahren dar. Die neuen Formen des Terrorismus sind nur eine davon, wenn auch die im Bewusstsein präsenteste. Ich behaupte allerdings: In diesen wechselseitigen Interessen steckt bereits ein sehr elementarer Wert: Frieden und Sicherheit.

Strittig war von Anfang an, wie diese Aufgabe sinnvoll organisiert werden kann: Vom Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 bis zu den zaghaften Versuchen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik lässt sich der Widerstreit zwischen nationalem Interesse und europäischer Integration beobachten.

Damit ist eine Spannung beschrieben, die Europa und der europäischen Integration insgesamt inne wohnt. Hier tun sich Völker und Staaten zusammen, die gemeinsam erfolgreicher sein wollen und können als alleine. Aber sie wollen sich dabei nicht selbst verlieren. Möglich wird dies durch das Prinzip der Subsidiarität; ein Strukturprinzip, das auf Wertentscheidungen beruht.

Der wirtschaftspolitische Motivkreis hing ursprünglich mit dem sicherheitspolitischen eng zusammen. Sollte Europa als „Bollwerk“ gegen den kommunistischen Osten wirklich taugen, so musste es wieder auf die Beine kommen und durfte nicht ewig am Tropf der USA hängen. Bereits mit dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1951/52 heißt es, die Gemeinschaft solle zur „Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beitragen“.

Mit dem Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 1957/58 wurde dieses Ziel noch einmal schärfer gefasst und eine harmonische Entwicklung der Volkswirtschaften angestrebt; verknüpft mit der Aufforderung, regionale Entwicklungsrückstände abzubauen. Solidarität gehört von Anfang an mit zu den Grundlagen dieser Gemeinschaft.

Dieser Linie folgte die EWG weiter über die EG bis hin zur EU. Die Instrumente dafür sind – sehr vereinfacht gesagt – der Binnenmarkt und die Förderpolitik der EU mit den milliardenschweren Strukturfonds. Längst ist dabei der anfängliche Zusammenhang zwischen Frieden und Sicherheit auf der einen und Wohlfahrt auf der anderen Seite in den Hintergrund getreten. Diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte machen einen wesentlichen Aspekt der politischen Attraktivität der EU aus. Sie waren und sind ein wichtiges Teilmotiv für das Streben der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten in die EU.

Doch schon vor dem Ende der kommunistischen Gewaltherrschaft 1989/90 zeigte sich, dass Europa auf den zwei Säulen Sicherheits- und Friedensgemeinschaft und Wirtschaftsgemeinschaft alleine nicht würde stehen können. Auch wenn dem Wertentscheidungen vorausgehen. Bereits die Einheitliche Europäische Akte setzt einen deutlich stärkeren politischen Akzent und betont das gemeinsame Eintreten für die Demokratie, für Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Und Jacques Delors, von 1985 bis 1994 – in entscheidenden Jahren – Präsident der Europäischen Kommission meinte schließlich sogar, man müsse „Europa eine Seele geben“.

Damit kommen wir zum dritten Motivkreis, der sich seither immer deutlicher in das Zentrum europäischer Diskussionen geschoben hat, dem ideellen: Europa als Wertegemeinschaft. Wer nach den Wurzeln gräbt, der trifft auf die Satzung des Europarats vom 5. Mai 1949. Die Mitglieder des Europarats erklärten den „Schutz und (die) Förderung der Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden“, sogar ausdrücklich zum Zweck des Zusammenschlusses.

Dieses gemeinsame Erbe besteht nach der Präambel in „geistigen und sittlichen

Werten“. Hinzu kommen die persönliche Freiheit, die politische Freiheit und die Herrschaft des Rechts, Prinzipien, auf denen jede wahre Demokratie beruhe. Das reichte seinerzeit offenbar aus und musste nicht weiter ausgeführt werden.

Mehr noch: Der Europarat wählte sich einen Kranz aus 12 Sternen auf blauem Grund als Flagge. Später wurde es von der EG übernommen.

Es ist ein christliches Symbol. In Offenbarung 12 heißt es: „Und es erschien ein großes Zeichen am Himmel: ein Weib, mit der Sonne bekleidet, und der Mond und ihren Füßen und auf dem Haupt eine Krone von zwölf Sternen“.

Ein tausendfach im ganzen christlichen Europa interpretiertes künstlerisches Motiv. Es ermahnte die Erbauer Europas, sich zu bescheiden und rief ihnen in Erinnerung, dass Vollkommenheit auf Erden nicht zu erlangen ist. Es hat damit eine ganz ähnliche Funktion wie die Anrufung Gottes im Grundgesetz und der Thüringer Landesverfassung. Es verweist auf die Grenzen der menschlichen Ordnungen.

Für die Gründerväter des Europarats wie der Vorläuferinstitutionen der EU war das kein strittiges Thema. Es waren entweder katholische oder protestantische Länder und Demokratien, die sich zusammentaten. Jeder wusste, dass dieses Europa in den Tiefen der europäischen Geschichte geistig verankert war: im christlichen Glauben, in der griechischen Philosophie und im römischen Recht. Und zwar über die Wirrnisse und Kriege von Jahrhunderten hinweg.

Die Gemeinsamkeiten konnte und kann man sehen und hören: in der Musik, in der bildenden Kunst, in den Liturgien, in den Bauwerken. Man konnte es lesen: in der Philosophie, in der Literatur, in den Wissenschaften und so weiter und so fort. Europa war ein geistiger Raum, der sich sozusagen national und regional konkretisierte. Diese Einheit in Vielfalt ist der eigentliche Reichtum Europas.

Was unseren Völkern und Staaten gemeinsam ist, das entwickelte sich über Renaissance, Reformation und Aufklärung, über die Auseinandersetzung mit den christlichen Traditionen: der demokratische Verfassungsstaat, die pluralistischen Gesellschaften und die Marktwirtschaft, in welchen Formen und Schattierungen sie auch immer auftreten.

Aber so lange die Integration gegenständlich und geographisch begrenzt blieb, gab es keinen Grund dieses geistig-kulturelle Erbe zu problematisieren. Weil es selbstverständlich war, war es politisch nicht sonderlich relevant. Das Erbe wurde in Sonntagsreden gerne beschworen. Aber für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war es nicht entscheidend.

Erst mit der voranschreitenden Integration und schließlich mit dem Ende des Ostblocks wurde das Thema wichtiger. Und zwar, weil plötzlich danach gefragt wurde, ob denn die gemeinsamen Interessen noch ausreichten, Europa zusammenzuhalten. Der alte Erzrivale Moskau mit seinen Satellitenstaaten war schließlich verschwunden.

Es gab und gibt desintegrierende Momente. Und dass die Dinge auf die Integration ganz Europas hinauslaufen, sollte man nicht einfach als Selbstverständlichkeit

verbuchen. Denn das zeugt lediglich von einem Mangel an historischer Bildung und politischer Phantasie.

Vor allem zwei Themen waren es, die schließlich die Debatte um das Selbstverständnis des größeren Europa vorantrieben: Die Debatte um den Entwurf für den Europäischen Verfassungsvertrag und die Frage nach einer Beitrittsperspektive für die Türkei. Dabei geht es um die Selbstvergewisserung nach innen und die Frage, was das für die Grenzen der EU bedeutet.

Viele von Ihnen werden sich an den Streit um einen Gottesbezug in der Präambel des Verfassungsvertrag erinnern, aber möglicherweise auch an das abwertende Wort des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, Europa dürfe kein „Christenclub“ sein. Das zeigt, wie explosiv das Themenfeld „europäische Werte und europäische Identität“ ist.

Es lohnt sich nicht, diese Debatten an dieser Stelle nachzuzeichnen. Der Gottesbezug wäre hilfreich und jedenfalls nicht schädlich gewesen, weil er im Grunde genommen nur ausdrückt, was die Europäische Flagge symbolisiert. Und ein „Christenclub“ ist die EU schon deshalb nicht, weil es christlicher Tradition entspricht zwischen Staat und Kirche, zwischen Politik und Religion zu unterscheiden.

Der für Europa maßgebliche weltanschaulich neutrale demokratische Verfassungsstaat ist die Frucht einer geschichtlichen Entwicklung, die ohne das Christentum überhaupt nicht vorstellbar ist. Wer wachen Auges über die Welt blickt, der erkennt ohne weiteres, dass andere Religionen andere Ergebnisse im Spannungsfeld Religion und Politik hervorbringen.

Die Selbstbegrenzung der Politik – ob nun mit oder ohne Gottesbezug in den Verfassungspräambeln – und die Unterscheidung zwischen Staat und Kirche, zwischen Religion und Politik gehören unaufgebbar zu den Grundlagen Europas und sie sind aus spezifisch christlichen Werten ableitbar.

Ich persönlich bin sehr gespannt, ob dieser Zusammenhang auch Konfessionslosen angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen in etlichen islamischen Ländern und in Teilen der muslimischen Bevölkerung Europas ins Bewusstsein dringt. Das war es bisher nicht. Dass jemand etwas gegen eine offene Gesellschaft haben könnte, in der nahezu alles zu gehen scheint, ist vielen gar nicht in den Sinn gekommen.

Ich bin auch deshalb gespannt, weil das, was die EU im Entwurf für den Verfassungsvertrag als Werte auflistet, der geistigen Durchdringung bedarf. Sie müssen durch eine verbindende politische Kultur geordnet werden, wenn sie ein sinnvolles Ganzes ergeben sollen. Was ist damit gemeint?

In der Präambel und dem Art. 2 des Vertragsentwurf werden folgende Werte ausdrücklich und als solche genannt: Menschenwürde, unveräußerliche Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte, Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit. Die Gesellschaft, in denen diese Werte verwirklicht werden

sollen, wird mit den Begriffen Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und durch die Gleichheit von Frauen und Männern beschrieben. Ich weiß nicht wie es Ihnen damit ergeht: Alles das gehört dazu, aber es ist nicht so formuliert, dass das eine aus dem anderen folgt. Die Liste ist auslegungsfähig und auslegungsbedürftig. Das ist zunächst nicht besonders aufregend, wenn man die Vielzahl der politischen Strömungen und nationalen Traditionen vor Augen hat, die sich an diesen Formulierungen abgearbeitet haben. Aber letztlich fehlen doch die ordnenden Gesichtspunkte.

Und das ist der Punkt, an dem wir als christliche Demokraten gefordert sind. Im Wettbewerb mit anderen politischen Richtungen und Gruppierungen sollten wir darauf hinwirken, dass sich die einzelnen Elemente in einer Weise ordnen, die unseren Vorstellungen am nächsten kommt; ausgehend von unserem christlichen Menschenbild.

Zu diesem Menschenbild gehört die unveräußerliche, in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen angelegte Menschenwürde. Dazu gehört zweitens die Freiheit des Menschen, die sich in Entscheidung und Gestaltung verwirklicht. Dazu gehört drittens die Mitverantwortung für unseren Nächsten und das Gemeinwohl.

Von da aus bestimmt sich unsere Haltung zu den Ordnungen, die wir als Menschen uns geben: in Familie, Gesellschaft, Wirtschaft, Kommune und Staat bis hin zur Europäischen Union. Sie müssen so gebaut sein, dass die Menschen im skizzierten Sinn ihre Freiheit umfassend ausüben können.

Mit diesen Überzeugungen sollen und müssen wir uns einmischen – immer wieder. Denn sonst wird die Debatte über die Zukunft Europas von anderen geführt. Was den Gründervätern zu Beginn der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts selbstverständlich war, das ist es heute eben nicht mehr. Und deshalb muss es erklärt und in der Diskussion behauptet werden.

Wenn wir es nicht tun, riskieren wir Europa. Denn dessen Institutionen fußen auf Werten, und die Werte wurzeln in Voraussetzungen, die sich politisch nicht von selbst verstehen und die ein weltanschaulich neutraler Staat auch gar nicht herstellen darf.

Dass es sich offenbar nicht von selbst versteht, wie diese europäischen Werte ausgelegt werden, zeigt sich am Thema Türkeibeitritt. Die Türkei sagt: Wir genügen den Werten der EU und viele besonders in unseren Reihen sagen: Diesen Werten genügt ihr nicht. Offensichtlich wird dabei ein unterschiedliches Verständnis dieser Werte vorausgesetzt.

Wenn wir dieses Europa wirklich als Friedens- und Sicherheitsgemeinschaft, als solidarische Wirtschaftsgemeinschaft, als Wertegemeinschaft wollen, in der Toleranz nicht mit Beliebigkeit verwechselt wird, dann müssen wir auch bereit sein, Schlussfolgerungen aus unserem Wertverständnis zu ziehen und Grenzen zu markieren.

Grenzen sind notwendig, wenn wir etwas Bestimmtes sein, so etwas wie europäische Identität haben wollen. Eine Identität, die unsere lokalen, regionalen und na-

tionalen Identitäten umschließt, sie aber nicht ersetzt.

Ohne Unterscheidung gibt es keine Ordnung. Wer nicht bereit ist, Grenzen zu setzen, der zerfließt. Aber wer nicht bereit ist, diese Grenzen auch zu übersteigen der verdorrt.

Es geht um Differenz und Unterscheidung, nicht um Abkapselung. Wir sollten den Mut dazu haben, wenn wir Europa als Wertegemeinschaft haben wollen. Der weite europäische Werte-Mantel braucht ein kulturelles Unterfutter, sonst wärmt er nicht. Und dann taugt er nichts.

Über Werte kann man nicht abstrakt und abgesondert von den politischen Realien diskutieren. Werte, Strukturen, Kultur und Interessen gehören zusammen. Unsere Aufgabe ist, diese Zusammenhänge immer wieder herauszuarbeiten, damit wir keine blutleeren Debatten führen, sondern Europa gemeinsam voran bringen.